

II- 4507 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Anfrage Präs.: 2. JULI 1975

No. 2256/J

der Abgeordneten Dr. SCHWEMMER  
und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend Zulassung der PLO in der IAO

Bei der eben zu Ende gegangenen Generalversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation kam es zu einer Abstimmung über die Zulassung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als Beobachter bei der IAO. Die österreichischen Arbeitgebervertreter stimmten gegen die Zulassung der PLO, die österreichischen Arbeitnehmervertreter enthielten sich der Stimme. Die österreichischen Regierungsvertreter stimmten jedoch, trotz vorheriger Ablehnung eines Antrages auf Wahrung ständiger Rechte Israels, für die Zulassung der PLO, die keinerlei eigen-/sozialpolitische Interessen und vor allem keine souveräne Sozialordnung zu vertreten hat.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Gründe gab es für die österreichischen Regierungsvertreter, für die Zulassung der PLO bei der IAO zu stimmen ?
- 2) Gab es diesbezügliche Wünsche oder gar Weisungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ?

- 2 -

- 3) Sind Ihnen die Gründe der österreichischen Arbeitnehmervertreter für die Stimmenthaltung und der österreichischen Arbeitgebervertreter für die Ablehnung des betreffenden Beschlusses bekannt ?
- 4) Hat es Gespräche über ein mögliches einheitliches Stimmenthalten der österreichischen Vertreter gegeben, und wenn ja, woran sind diese gescheitert ?
- 5) Ist es richtig, daß wegen der Zulassung bestimmte Staaten daran denken, ihre Beitragsleistungen zur Internationalen Arbeitsorganisation einzustellen ?
- 6) Wenn die Frage 5) mit ja beantwortet wird: Um welche Staaten handelt es sich dabei und zu welchem Prozentsatz wurden bisher die Ausgaben der IAO durch die Beiträge dieser Staaten gedeckt ?
- 7) Ist auf Grund dieser Beitragsausfälle mit einer stärkeren Beitragsbelastung Österreichs zu rechnen ?